



Mehrwert von Martin Fellhuber

Wo es noch Prozenze in zweistelliger Höhe gibt

Es ist müßig, über das aktuelle Zinsniveau zu lamentieren oder darüber zu spekulieren, wann es wieder höhere Zinsen auf das Ersparte geben wird. Wir müssen uns wohl damit abfinden, dass sich am Status quo auch in den nächsten Jahren nichts signifikant ändern wird.

Wer mehr als 1,5 Prozent haben will, muss sein Geld schon für sechs Jahre binden. Oder man geht mehr Risiko ein. Investmentfonds, Aktien, Zertifikate etc. - an Möglichkeiten mangelt es hier nicht.

Andererseits wäre vielleicht jetzt der ideale Zeitpunkt, um sich etwas zu gönnen. Ein bisschen Risiko kann ja dabei sein, das erhöht den Reiz. Aber diesmal geht es nicht darum, eine möglichst hohe Rendite im herkömmlichen Sinn zu erzielen, sondern in anderer Hinsicht auf seine Rechnung zu kommen. Und zwar in Form einer Naturaldividende. In diesem Fall geht es um Wein, also eine Rendite mit zweistelligen Prozenzen.

Die britische Seite nakedwines.com hat es vorgemacht: Sogenannte Angels zahlen monat-

lich 20 Pfund ein. Mit dem Geld werden aufstrebende Winzer, die Renovierung oder der Ausbau von Weingütern finanziert. Zuerst gab es dies für England, mittlerweile ist nakedwines.com auch in Südafrika und Australien vertreten. Dafür können die Angels Weine zu Großhandelspreisen erwerben, werden zu Verkostungen eingeladen, erhalten Gratisflaschen. Und, wenn sie keine Angels mehr sein wollen, das Geld zurück. Zwar ohne Zinsen, aber das ist ja auch nicht viel weniger, als man derzeit bei der Bank bekommt.

Dieses Konzept wurde jetzt auch auf Frankreich umgelegt, wo winefunding.com Ähnliches anbietet. Allerdings können Anleger hier 1000 € einem Winzer überlassen. Auch hier wird in den Auf- oder Ausbau des Weingutes investiert. Und die Anleger werden in Wein ausbezahlt.

MARTIN
FELLHUBERmartin.fellhuber@
wirtschaftsblatt.at

Gastkommentar

Kurz' Vorschlag ist rechtlich und faktisch undurchführbar

Die Abschottungspolitik Australiens ist nicht das Ziel Österreichs. Die jüngsten Vorschläge des Außenministers können jedoch einen Anstoß für eine internationale Lösung geben.

Die Vorschläge von Außenminister Kurz zu wirksamer Bekämpfung des Flüchtlingsproblems haben nicht nur österreichweit, sondern international Wellen geschlagen. Australien soll, zumindest partiell, als Vorbild dienen, es sollen Internierungslager beispielsweise auf Lesbos errichtet werden, Flüchtlingsboote sollen im Mittelmeer aufgebracht und die Flüchtlinge nach Afrika rückgeführt werden, wer illegal einreist, verwerfe sein Asylrecht. Nimmt man die aktuelle Rechts- und Tatsachensituation als Datum, sind diese Vorschläge kaum beziehungsweise nicht umsetzbar.

Die Tatsachensituation

Schon rein geografisch ist die Flüchtlingsproblematik rund um Australien nicht mit jener in Europa zu vergleichen. Die Immigration nach Australien ist viel stärker eine Wirtschaftsimmigration als jene nach Europa. Die Abgeschiedenheit Australiens erlaubt eine weit bessere Kontrolle der Zuwanderung auf dem Seeweg. Afrika liegt unmittelbar vor den Toren Europas.

Und Australien ist - im Gegensatz zu Europa - ein Staat und kann wie ein solcher handeln. Abkommen mit Nauru und Papua-Neuguinea erlaubten die Errichtung von Aufnahme- und Internierungszentren, über welche der Zustrom nach Australien kontrolliert werden konnte. Die Errichtung solcher Lager auf Inseln im Mittelmeer wäre zum Teil logistisch schwer möglich (Lesbos kann unmöglich einen weiteren Flüchtlingszustrom und schon gar nicht die Errichtung dauerhafter Aufnahme- oder Kontrollzentren verkraften) und würde auf jeden Fall die EU-interne Solidaritätsfrage neu aufwerfen: Kann man Griechenland, ein Land am Rande des Wirtschaftskollapses, in dieser Form weiter belasten?

Die Rechtsituation

Die rechtlichen Hürden scheinen noch höher zu sein: Im Fall Hirsi hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte am 19. Jänner 2012 entschieden, dass das Aufbringen von Flüchtlingsbooten im Mittelmeer und die Rückbringung der Flüchtlinge nach Tripolis ohne Durchführung eines regelkonformen Asylprüfungsverfahrens einen Verstoß gegen die EMRK darstellten. Italien wurde zu hohen Schadenersatzzahlungen verurteilt. Nach ständiger Rechtsprechung verwirkt ein Flüchtling



durch die illegale Einwanderung auch nicht sein Asylrecht.

Der erste Befund könnte also lauten: Der Vorschlag von Außenminister Kurz ist weder rechtlich noch faktisch durchführbar. Und dennoch: Es ist auch sofort erkennbar, dass die jetzige Situation nicht weiter tragbar ist. Der Flüchtlingszustrom erreicht Ausmaße, die von der Bevölkerung in Europa nicht mehr hingenommen werden. Europa wird zum einzigen Kontinent, für den die Errungenschaften der unmittelbaren Nachkriegszeit im Flüchtlingsrecht gelten sollen. Die afrikanische und die arabische Staatenwelt reagieren darauf - abgesehen von ein paar löblichen Ausnahmen - zum Teil mit unglaublichem Zynismus.

Die gesamte Dimension

Es ist Zeit, die gesamte Dimension der Problematik wahrzunehmen: Europa gilt als Hort des Menschenrechtsschutzes und der Rechtsstaatlichkeit weltweit. Dafür ist ein Preis zu bezahlen, der angesichts zerfallender Staaten und ständig steigender Schleuserkapazitäten - viel höher ist, als noch vor wenigen Jahren gedacht. Der Wegfall der Binnengrenzen und die schwache Kontrolle der Außengrenzen wirken wie ein Magnet auf Flüchtlingsströme. Die EU hat Eigenschaften eines Staates angenommen, ohne aber nach außen wie ein solcher handeln zu können oder zu wollen.

Dabei wird die Illusion, alle völkerrechtlichen und EU-rechtlichen Verpflichtungen in diesem Bereich zu erfüllen, den ständig steigenden Flüchtlingsstrom ohne Inkaufnahme einer wesentlichen (und wohl dauerhaften) Zuwanderung managen zu können und gleichzeitig weiterhin auf eine EU-Außenpolitik, die ihren Namen verdient, zugunsten nationaler Alleingänge verzichten zu können, nicht mehr aufrechterhalten zu sein. Und diese Illusion werden auf Dauer auch keine unhaltbaren Gutachten verteidigen können, die Obergrenzen, Notstandsgesetzgebung und die Behauptung, die EU gewähre keinen Asylan-

spruch nach Maßgabe des geltenden Rechts, vertreten wollen.

Besser wäre es, den Fakten ins Auge zu sehen und auf dieser Grundlage nach einem wirklich internationalen und damit dauerhaften Lösungsansatz zu suchen.

Die Vorschläge von Außenminister Kurz sind wohl in diesem Sinne zu interpretieren: als diplomatischer Ansatz, der in der Substanz eine grundsätzliche Neuorientierung in der internationalen Flüchtlingspolitik fordert, wofür der gegenwärtige Handlungsrahmen nicht genügt.

Die internationale Lösung

Die australische Regierung hat sich mit ihrer Abschottungspolitik international ins Altbets gestellt. Das ist nicht das Ziel Österreichs und kann es auch nicht sein. Österreich kann nicht für die EU sprechen und eine „mediterrane Lösung“ nach dem Vorbild der „Pazifischen“ erzwingen. Wohl aber kann dieses Land - und dies dürfte die eigentliche Substanz der Vorschläge des Außenministers sein - einen Anstoß für eine internationale Lösung des Flüchtlingsproblems zu sein, und dabei mehr Solidarität, mehr Eigenverantwortung der Staaten des Fluchtsprungs und eine gerechtere Lastenverteilung einfordern.

Was auf den ersten Blick als unvereinbar mit dem geltenden Rechtsrahmen erscheint, muss bei näherer Betrachtung also als Weckruf gesehen werden, diesen Rahmen, der den bestehenden Herausforderungen in keiner Weise mehr genügt, in international-solidarischer Form abzuändern, um das hinkende internationale Flüchtlingsrecht auf eine langfristige stabile Basis zu stellen. Allein dass nun verstärkt über eine europäische Lösung nachgedacht und diskutiert wird, kann als erster Erfolg gewertet werden.

PETER
HILTBOLD
Professor für
Völkerrecht und
Europarecht an der
Uni Innsbruck

Angespitzt



Gezeichnet von Michael Bräcker

Pressespiegel

„Aftonbladet“ Demokraten schreiben erneut Geschichte

KOPENHAGEN. „Die USA bewegen sich nach links, wie das Engagement der US-Wähler für die Rechte von Frauen, Homosexuellen und Minderheiten zeigt. Der Rummel um Trump in allen Ehren - die große Story in der US-amerikanischen Politik handelt davon, dass nach acht Jahren mit einem schwarzen Präsidenten als Nächstes wohl eine Frau ins Weiße Haus einziehen wird, die höhere Mindestlöhne, Kitas und Elterngeld fordert. Das ist in vielerlei Hinsicht historisch.“ (red)

„NRC Handelsblad“ Clintons Schwäche ist ihr Mann Bill

AMSTERDAM. „Bill Clintons Pragmatismus führte zur Crime Bill, einem strengen Gesetz, das die jungen schwarzen Männer ungerechtfertigt hart traf. Die heutige Wut der Wähler hat sehr viel mit Bill Clintons Entscheidungen zu tun. Das Gesetz ist eine der Ursachen der großen Unzufriedenheit von Afroamerikanern und der Bewegung Black Lives Matter. Das linke Amerika ist dabei, sich eine neue Ideologie zu geben, das ist noch eine Erklärung für den Mangel an Begeisterung für Clinton.“ (red)